

Bericht und Antrag

des Tourismusausschusses

über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz) geändert wird

Im Zuge seiner Beratungen über den Antrag 1029/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald **Hauser**, Kolleginnen und Kollegen betreffend dringende Unterstützung der Privatvermieter – Härtefälle vermeiden hat der Tourismusausschuss am 11. Februar 2021 auf Antrag der Abgeordneten Karl **Schmidhofer**, Barbara **Neßler**, Kolleginnen und Kollegen mit Stimmenmehrheit (**dafür:** V, S, F, G, **dagegen:** N) beschlossen, dem Nationalrat gemäß § 27 Abs. 1 Geschäftsordnungsgesetz einen Selbständigen Antrag vorzulegen, der eine Novelle zum Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz) zum Gegenstand hat.

Dieser Antrag war wie folgt begründet:

„Neben Privatzimmervermieter sollen auch jene gewerblichen touristischen Vermieter und sonstigen touristischen Vermieter, die aus dieser Tätigkeit Einkünfte gemäß § 28 EStG erzielen und dafür Nächtigungsabgaben abführen, zukünftig in neuen Förderprogrammen anspruchsberechtigt sein, um dadurch entstehende Härten abzudecken und dieses für den österreichischen Tourismus wichtige Angebotssegment zu erhalten.“

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Ing. Johann **Weber**, Josef **Schellhorn**, Maximilian **Köllner**, MA, Gabriel **Obernosterer**, Barbara **Neßler**, MMRMag. Gertraud **Salzmann** und der Ausschussobmann Abgeordneter Mag. Gerald **Hauser** das Wort.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Ing. Johann **Weber** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Tourismusausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2021 02 11

Ing. Johann Weber

Berichterstatter

Mag. Gerald Hauser

Obmann

